

**Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
in der Bezirksvertretung 4
Stadtbezirk Ehrenfeld**

Venloer Straße 419-421
50825 Köln
Tel.: 0221/221-94309, Fax: -94310

G r ü n e

Herrn
Oberbürgermeister
Jürgen Roters
50667 Köln

Herrn
Bezirksbürgermeister
Josef Wirges
50825 Köln

BV-Sitzung am 18.01.2010

**Antrag: Ersatzpflanzungen wegen Baumfällungen im Zuge Neubau eines
Verwaltungsgebäudes der Rheinenergie am Parkgürtel in Neu-Ehrenfeld**

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der BV-Sitzung aufzunehmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die städtische Gesellschaft Rheinenergie aufzufordern, die Anzahl der vorgeschriebenen Ersatzpflanzungen für die wegen des Neubaus gefällten Bäume mindestens zu verdoppeln und diese Ersatzpflanzungen zeitnah auf der Fläche des Stadtbezirks Ehrenfeld umzusetzen.

Begründung:

In der vergangenen Sitzung hat die BV zu diesem Thema einstimmig den SPD-Antrag „Ortsnahe Baumersatzpflanzungen“ angenommen. Der vorliegende Antrag der GRÜNEN will hieran anknüpfen.

Nach Pressemitteilungen des städtischen Unternehmens Rheinenergie soll der Neubau seines Verwaltungsgebäudes in Neu-Ehrenfeld – für den ca. 300 alte Bäume gefällt werden müssen – „Vorbild in Sachen Ökologie“ sein. Diese Aussage bezieht sich auf die in diesem Gebäude zu verbauenden Umwelttechnologien wie Geothermie, LED-Lichtquellen, diverse Energiesparmaßnahmen (z.B. Energierückgewinnung beim Bremsen der Aufzüge) und insbesondere eine innovative Lüftungssteuerung, denn *„Langfristig gehe man angesichts der Erwärmung des Klimas von extremeren Wetterlage in Köln aus, dafür brauche man ein System, das schnell reagieren und ausgleichen könne.“* (Zitat aus Kölnische Rundschau vom 16.12.2009)

Es ist davon auszugehen, dass der Rheinenergie klar ist, dass mit der Fällung von über 200 Bäumen trotz Ersatzpflanzungen die Klimaerwärmung weiter aktiv vorangetrieben wird. Unumstritten ist außerdem, dass die Klima-Ausgleichswirkung von jungen Bäumen (im Vergleich mit den gefälltten alten Bäumen) erst in einigen Jahrzehnten wirksam sein wird. In dieser Zeit fehlt die wesentlich größere CO₂-Absorptionsfähigkeit der alten Bäume.

Die Bestimmungen der Baumschutzsatzung sind unserer Ansicht nach diesbezüglich nur unzureichend: In der Baumschutzsatzung steht in § 8: „Als Ersatzpflanzung ist für jeden angefangenen Meter Stammumfang (gemessen in 1 m Höhe über dem Erdboden) des entfernten Baumes ein bodenständiger Baum mit einem Umfang von 20 cm in 1 Meter Höhe über dem Erdboden auf Kosten des Eigentümers anzupflanzen und zu erhalten (...) Zur Ermittlung der Anzahl der Ersatzpflanzungen bei mehrstämmigen Bäumen ist der Stammumfang (in 1 m Höhe über dem Erdboden) aller Einzelstämme über 30 cm zu addieren.“

Land und Kommunen wollen dem Klimawandel mit aktiven Maßnahmen begegnen, denn in Städten und Ballungszentren werden gerade für die Menschen in Nordrhein-Westfalen die Phänomene des Klimawandels besonders spürbar sein. So ist das Land NRW seit dem 28. Oktober 2009 Mitglied der internationalen „Climate Group“, die Stadt Köln – vertreten durch Umweltdezernentin Marlies Bredehorst – hat zusammen mit Heinrich Bottermann, dem Präsidenten des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW, am 26.10.2009 ein zweijähriges Forschungsabkommen mit Paul Becker, Vorstandsmitglied des Deutschen Wetterdienstes (DWD) unterzeichnet, das mithilfe eines Rechenmodells die Strategien ermitteln soll, mit denen sich Großstädte auf die Folgen des Klimawandels einstellen können (KStA vom 27.10.2009). Das Neupflanzen von zahlreichen Bäumen ist unumstritten eine einfache und wirksame Strategie gegen die Auswirkungen der Klimaerwärmung. Das kann man jetzt schon behaupten, auch ohne die Ergebnisse des zweijährigen Modellprojekts abzuwarten.

Daher sollte die Rheinenergie, wenn sie denn ernsthaft „Vorbild in Sachen Ökologie“ sein will, deutlich mehr als die vorgeschriebene Anzahl von Ersatzpflanzungen finanzieren und tätigen. Bei einem Kostenvolumen von 140 Millionen Euro für das neue Verwaltungsgebäude voller innovativer Umwelttechnik dürfte der Rheinenergie eine solche vergleichsweise geringe Mehrausgabe möglich sein.

Neben dem konkreten Klimaschutz würde auch die Ehrenfelder Bevölkerung von den verdoppelten oder verdreifachten Ersatzpflanzungen profitieren in einem mit Grün vergleichsweise unterversorgten Stadtbezirk.

Wir stellen diesen Antrag auch deshalb, weil wir der Ansicht sind, dass es nach dem Scheitern der globalen Spitzenpolitik auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen dringend erforderlich, ist den Klimaschutz in Deutschland von unten in den Kommunen voran zu bringen und auch in einseitige Vorleistung zu gehen.

Mit freundlichen Grüßen,



Christiane Martin
Fraktionsvorsitzende

Richard F. Wagner
Bezirksverteter